

Barcelona! Leben und Arbeiten zwischen wirtschaftlicher Prosperität und politischer Krise



Spanien, dessen Volkswirtschaft zu den fünf größten der Europäischen Union gehört, hat mit dem Sparkurs der konservativen Regierung Mariano Rajoy durch drastische Kürzungen in allen öffentlichen Bereichen und beschneidenden Arbeitsmarktreformen einen durch die EU getakteten wirtschaftlichen Stabilisierungsweg eingeschlagen. Wie erlebt die spanische Bevölkerung dieses Krisenmangement? Wir wollen vor Ort mit Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen ins Gespräch kommen, mit welchen Strategien sie der neuen Situation begegnen. Andererseits befindet sich Spanien in einer tiefen politischen Krise. Sozialabbau, fortgesetzte Wohnungsräumungen von tausenden Familien stehen Gentrifizierung, Immobilienspekulation und nachgewiesener Korruption bis in die Königsfamilie hinein gegenüber. Ein erstes Gerichtsurteil in einem anderen riesigen Korruptionsverfahren, trama Gürtel, erschüttert ganze Wirtschaftskreise und die bis vor kurzem regierende Volkspartei PP. Nicht nur die Minderheitsregierung Rajoy ist durch parlamentarischen Misstrauensvotum gestürzt und durch den Sozialdemokraten Pedro Sanchez ersetzt, sondern das politische System steht in Spanien zur Debatte. Sanchez regiert nun mit noch unsicheren Mehrheiten und hat dabei zusätzlich die Mammutaufgabe vom Vorgänger geerbt, den festgefahrenen Unabhängigkeitskonflikt mit der katalanischen Regionalregierung zu lösen. Wie stehen die Gewerkschaften zu dem Konflikt? Welche wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen haben die Auseinandersetzungen auf die Gesellschaft? Wir werden uns mit der Geschichte und der Aktualität sozialer Konflikte und wirtschaftlicher Entwicklung, insbesondere Barcelonas, beschäftigen. Dabei wollen wir auch die reichen Kulturgüter der Stadt, in ihren konfliktiven Entstehungskontexten, ergründen. Mit diesem Bildungsurlaub wollen wir als Gewerkschaft den notwendigen direkten Austausch der Lohnabhängigen, Gewerkschaftsaktiven und Menschen anderer sozialer Bewegungen innerhalb der EU ausbauen und die Kenntnis über aktuelle Gesellschaftskonflikte in Europa vertiefen.

■ **Termin:**
15.09. – 21.09. Barcelona N 056/19

Zielgruppe: Interessierte Kolleginnen und Kollegen. Es wird Deutsch/Spanisch übersetzt.

Kosten: Kostenbeteiligung vorr. 830 € (DZ, Flug, Programm)

Freistellung: WBG S-H, BfG M-V

Das Rote Wien – das soziale Wien – das neue Wien?

Leben und Arbeiten im Roten Wien und heute

In dieser Woche wollen wir den Bogen vom Roten Wien bis in das Jahr 2019 spannen, mit den Zielen die Geschichte Österreichs besser zu verstehen und uns ein Bild von den aktuellen Lebens- und Arbeitsbedingungen machen zu können. Im Zeitraum von 1918 bis 1934 wurde die österreichische Hauptstadt als Rotes Wien bezeichnet, weil die Sozialdemokratische Arbeiterpartei bei den Wahlen wiederholt die absolute Mehrheit erreichte und in diesem Zeitraum nicht nur umfassende soziale Wohnbauprojekte aufgrund der extremen Wohnungsnot nach dem 1. Weltkrieg umgesetzt hat, sondern auch neue Wege in der Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik gehen wollte. Eines der vielen Zeugnisse ist die noch heute existierende Wohnanlage „Karl-Marx-Hof“, die ein Beispiel für günstiges Wohnen in Wien darstellt. Auch heute gibt es Bestrebungen der Kommune, die Stadt Wien als lebenswerte Stadt zu erhalten und weiterzuentwickeln. Z.B. unterstützt das Lokale Agenda Büro im Stadtteil Favoriten Bürger*innen bei der Umsetzung von Ideen für eine gute Nachbarschaft und eine nachhaltige Bezirksentwicklung.

Die Wahlen im Oktober 2017 hatten zur Folge, dass Österreich von einer schwarz-blauen Regierung (konservative ÖVP, rechte FPÖ) regiert wird, die u.a. neue Weichen in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik stellen will. Gewerkschaften protestieren im Juli 2018 gegen eine Gesetzesänderung, die eine Arbeitszeitflexibilisierung, d.h. die Ausweitung der täglichen Arbeitszeit auf 12 Stunden täglich und 60 Stunden in der Woche, möglich machen soll. Kürzungen in den Sozialsystemen, z.B. beim Arbeitslosengeld und Einschnitte bei der Mindestsicherung (z.B. Mietbeihilfen) und bei der Familienhilfe sind ebenfalls von der Regierung beabsichtigt. In Gesprächen mit Gewerkschaftsvertretern, Initiativen und politisch verantwortlichen Parteien wollen wir über die kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen sprechen und die möglichen Konsequenzen für die EU-Politik diskutieren. Um die Geschichte besser erfahren und verstehen zu können, werden auch Stadtrundgänge zu historisch bedeutsamen Orten angeboten.

■ **Termin:**
20.10. – 26.10. Wien N 062/19

Zielgruppe: Interessierte Kolleginnen und Kollegen.

Kosten: Kostenbeteiligung vorr. 850 € (DZ, Flug, Programm)

Freistellung: WBG S-H, BfG M-V

Die Zukunft Europas – Europapolitik nach der Wahl zum Europaparlament



EU quo vadis? Vor dieser Frage stehen Politiker*innen und Bürger*innen in Europa. Die Folgen des Brexit, die Flüchtlingspolitik, das Erstarren populistischer Parteien, die hohe Arbeitslosenquote in den Ländern mit Wirtschaftskrisen und die Politik der US-amerikanischen Regierung stellen die EU vor neue politische Herausforderungen. Nicht nur hierdurch ergeben sich zahlreiche Fragen, die im Rahmen des Seminars diskutiert werden können: Welche Folgen hat der Austritt von Großbritannien aus der Europäischen Union? Wird das Ergebnis der EU-Wahl im Mai 2019 die Schwerpunktsetzung der Politik verändern? Kann der politische Zusammenhalt in der EU gestärkt werden? Wie wird sich die Zusammenarbeit in der Flüchtlingspolitik gestalten? Können Frankreich und Deutschland neue Impulse für eine starke europäische Gemeinschaft setzen? Wie können Bürger Einfluss auf die Politik nehmen? Welche Rolle und Macht hat das Europäische Parlament? Wird EU-Politik nur in Brüssel und Straßburg gemacht? Welche Einflussmöglichkeiten haben die Minister*innen, Präsident*innen oder Kanzler*innen der EU-Länder auf die politischen Entscheidungen in Brüssel? Welche Auswirkungen hatte die Wirtschaftskrise auf die Arbeitsbedingungen von Beschäftigten?

Mit diesem Bildungsurlaubseminar wollen wir die Möglichkeit bieten, u.a. bei Gesprächen im Europa-Parlament, bei der EU-Kommission oder beim Europäischen Gewerkschaftsbund diese und andere Fragen zur aktuellen EU-Politik zu beantworten und die Arbeit der Akteure vor Ort kennenzulernen.

■ **Termin:**
17.11. – 22.11. Brüssel N 070/19

Zielgruppe: Interessierte Kolleginnen und Kollegen

Freistellung: WBG S-H, BfG M-V

Das Seminar findet in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern und dem Bildungsträger „Arbeit und Leben“ Mecklenburg-Vorpommern e.V. statt. Von dort wird eine Seminargebühr erhoben, deren genaue Höhe bei Drucklegung noch nicht feststand.



ver.di Landesbezirk Nord
Huxstraße 1
23552 Lübeck
Telefon 0451 8100-811
Fax 0451 8100-895
E-Mail: elfi.falk@verdi.de
E-Mail: peter.junk@verdi.de

Anmeldung unter www.verdi-nord-seminare.de



Arbeit und Leben Landesarbeitsgemeinschaft
Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Dr.-Külz-Str. 18
19053 Schwerin
Tel. 0385 – 6383 290 – 293
Fax. 0385 6383 – 295
E-Mail: info@arbeitundlebenmv.de

Anmeldung unter www.arbeitundlebenmv.de

Studien-
reisen **2019**

Athen! Leben und Arbeit im Griechenland

Leben und Arbeiten in Nordirland

PARIS !!! Leben und Arbeiten wie Gott in Frankreich???

Studienreisen 2019

Der Wirtschaftskrise, die in 2009 begann, versuchten die Institutionen der Europäischen Gemeinschaft mit einer restriktiven Haushaltspolitik (Austeritätspolitik) zu begegnen, mit der Folge sozialer Verwerfungen, durch Kürzungen bei den Arbeitseinkommen, den Renten und im gesamten Sozialbereich. Sie bewirkten damit eine zunehmende Verarmung weiter Bevölkerungsteile.

Weitere Probleme in der Europäischen Gemeinschaft wurden offensichtlich, als in 2015 mehr Flüchtlinge nach Europa kamen, als in den Jahren zuvor und einige Länder sich weigerten, Flüchtlinge aufzunehmen, während in einigen anderen Regionen mit viel Solidarität und ehrenamtlichen Engagement darauf reagiert wurde.



Folge dieser Entwicklungen ist eine zunehmende Ablehnung der Europäischen Union in vielen Mitgliedsstaaten, bis hin zum Austritt (Brexit) und eine sich verstärkende Befürwortung von Nationalstaatlichkeit.

Insgesamt verlieren in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union die sog. Volksparteien oder klassischen Parteien zunehmend an politischer Bedeutung, wovon vor allem rechtspopulistische Parteien profitieren können.

Wohin wird sich eine Union der europäischen Staaten vor diesem Hintergrund entwickeln? Werden sich zunehmend nationalstaatliche Interessen durchsetzen? Kann es einen gemeinsamen Europäischen Nenner für eine europäische Politik in der Zukunft geben?

Die Studienreisen bieten die Chance, sich ein aktuelles Bild über die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen im jeweiligen Land zu machen und die absehbaren Entwicklungen und Handlungsoptionen vor Ort diskutieren zu können.

Darüber hinaus wollen wir die aktuellen Arbeitsbedingungen, Einkommensmöglichkeiten der Beschäftigten und die soziale Situation der Menschen insgesamt betrachten, hinterfragen und mit Gewerkschafter*innen, Politiker*innen, sowie Aktivist*innen aus Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ausführlich diskutieren.

Die Studienreisen finden in Kooperation von ver.di Nord und dem Bildungsträger „Arbeit und Leben Mecklenburg-Vorpommern e.V.“ statt. Von Arbeit und Leben wird eine Seminargebühr erhoben.



In 2010 begann für Griechenland die schwerste Wirtschaftskrise nach dem 2. Weltkrieg. Die sog. Troika, bestehend aus Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Kommission, setzte ein rigides Sparprogramm durch. In bisher mehr als sieben „Sparpaketen“ wurden Löhne gesenkt, Renten gekürzt und Steuern erhöht. Parallel erreichte die Arbeitslosenquote ein Rekordhoch, sanken die Sozialleistungen und eine flächendeckende Armut machte sich breit. Unter dem Druck der sog. „Institutionen“ wurden Privatisierungen, Sozialabbau und weitere Arbeitsmarkt- und Tarifvertragsreformen durchgesetzt. Inzwischen ist der Hafen von Piräus an chinesische Geldgeber und die 16 Regionalflughäfen des Landes an Fraport verkauft worden.

In den Medien wird im Sommer 2018 häufig von einer Wende in Griechenland gesprochen. Wie aber ist die Situation der Bevölkerung tatsächlich? Dieser Frage wollen wir im Rahmen dieses Bildungsurlaubs nachgehen. Wir werden die Ausgangssituation analysieren und untersuchen, ob die Austeritätspolitik tatsächlich alternativlos war. Wie ist die politische Stimmung im Land so kurz vor den Wahlen zum europäischen Parlament? Wird der Ex-Finanzminister Varoufakis mit einer neuen Partei, wie angekündigt, antreten? Haben auch populistische und rechte Parteien bei den Wahlen in Griechenland im September 2019 eine Chance zu erstarben?

Wir wollen vor Ort mit Beschäftigten und aktiven Gewerkschafter*innen, NGO's, Stadtteilaktivist*innen, sowie mit Vertreter*innen der Regierungspartei SYRIZA (Synaspismos, Rizospastikis, Aristeras, übersetzt: „Koalition der radikalen Linken“), ins Gespräch kommen und erfahren, wie sie mit den schwierigen Herausforderungen in den zurückliegenden Jahren umgegangen sind und welche Lösungsansätze und Visionen sie für Griechenland haben.

Wir wollen aber auch gemeinsam erörtern, was die Transnationalisierung der Unternehmen für die gewerkschaftlichen Strategien in Europa und Deutschland bedeutet.

Ein weiterer Themenbereich wird die Flüchtlingspolitik in Europa sein und welche besondere Herausforderung in diesem Zusammenhang die griechische Gesellschaft zu meistern hat bei der Bewältigung der großen Zahl von Hilfesuchenden.

Termin: 07.04. – 13.04. Athen N 019/19

Zielgruppe: interessierte Kolleginnen und Kollegen. Es wird Deutsch/Griechisch übersetzt.

Kosten: Kostenbeteiligung vorr. 800 € (DZ, Flug, Programm)

Freistellung: WBG S-H, BfG M-V

Nordirland und die Schwierigkeiten eines friedlichen Zusammenlebens

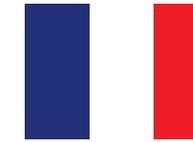
1920/1922 erlangt Irland die Unabhängigkeit als Irischer Freistaat und wird zur Republik Irland. Doch die Nordprovinzen bleiben als Nordirland im Einflussbereich des Vereinigten Königreiches. Seither existiert ein Identitäts- und Machtkampf zwischen zwei Bevölkerungsgruppen: Auf der einen Seite die englisch- und schottischstämmigen, unionistischen Protestanten und auf der anderen Seite die überwiegend irisch-nationalistischen Katholiken. In Nordirland haben die Begriffe „protestantisch“ oder „katholisch“ eine besondere Bedeutung, denn sie dienen einem Unterscheidungsmerkmal zweier gesellschaftlicher Gruppen, die seit jeher gegensätzliche soziale, politische, wirtschaftliche und schließlich auch religiöse Geisteshaltungen pflegen. Der Kontrast zwischen den alteingesessenen (bäuerlichen, armen, katholischen) Iren und den kolonialisierenden (wohlhabenden, industriellen, protestantischen) englischen und schottischen Siedlern prägt schließlich die Zugehörigkeit zur eigenen Gruppe bis hin zur Ethnie, was auch in der Siedlungsgeographie sichtbar wird. In den gewalttätigen Auseinandersetzungen des Nordirlandkonfliktes, den „Troubles“ in den Jahren 1969 bis 1998 bricht dieser Konflikt erneut auf und beherrscht die nordirische Politik dieser Jahre. Beinahe viertausend Menschen verlieren ihr Leben und kaum eine Familie bleibt vom Leid verschont. Belfast und Derry sind die Zentren der Auseinandersetzungen. Seit der Unterzeichnung des Karfreitagabkommens (Friedensabkommen) im Jahre 1998 hat sich, abgesehen von gelegentlichen Rückschlägen, ein Friedensprozess entwickelt, der heute als stabil betrachtet wird. Wir werden bei diesem Seminar insbesondere die historischen Orte, Mahnmale und Museen in Derry und Belfast aufsuchen, mit Gewerkschaftern und Politikern sprechen, uns die Sozialarbeit von Stadtteilgruppen, die sich um Frieden und Stabilität bemühen, ansehen und mit Journalisten sowie weiteren sozial engagierten Gruppen sprechen. Unsere Betrachtung soll sich von der Konfliktentstehung über die Folgen, dem Friedensabkommen, dem Erreichten bis hin zur aktuellen Situation heute erstrecken. Damit wollen wir uns der Frage zuwenden, was wir hieraus für eine Friedenspolitik für uns und im Allgemeinen lernen können.

Termin: 12.05. – 18.05. Nordirland N 026/19

Zielgruppe: Interessierte Kolleginnen und Kollegen. Es wird Deutsch/Englisch übersetzt.

Kosten: Kostenbeteiligung vorr. 870 € (DZ, HP, Flug, Programm)

Freistellung: WBG S-H, BfG M-V



Seit der Wahl von Emanuel Macron zum neuen Staatspräsidenten Frankreichs im Mai 2017 wurden die Reformen des Arbeitsmarktes, der Staatsbahn und des Asylrechts in Angriff genommen. Im nächsten Schritt soll das sog. Rentendickicht

gelichtet werden. Bereits im Wahlkampf kündigte Macron mit seiner Partei „La République en Marche“, die erst 2016 gegründet wurde, an, die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik zu reformieren und auch Änderungen in der Finanz- und Steuerpolitik auf den Weg zu bringen. Das neue Arbeitsgesetz mit massiven Auswirkungen auf Beschäftigte und Gewerkschaften wurde kurz nach der Wahl auf den Weg gebracht. U.a. sollen die Arbeitsbedingungen hiermit vermehrt mittels Betriebsvereinbarungen geregelt werden, um unternehmerisches Handeln flexibler zu gestalten. Nur welche Folgen hat das neue Gesetz insgesamt für die Beschäftigten? Die Staatsbahn SNCF wird in eine Aktiengesellschaft des öffentlichen Rechts umgewandelt und für neue Beschäftigte werden schlechtere Arbeitsbedingungen gelten. Wochenlange Streiks der Gewerkschaften konnten die Umwandlung der SNCF nicht verhindern. Welche Folgen haben diese Entwicklungen für die französischen Gewerkschaften? Schwindet ihre Macht? Im Wahlkampf wurde angekündigt, dass mit der Liberalisierung der Wirtschaft sozialpolitische Maßnahmen einhergehen sollen, um eine soziale Schieflage zu verhindern, diese wurden jedoch bislang nicht umgesetzt. Kann sich daraus eine Vertrauenskrise entwickeln? Die Teilnehmenden werden die Möglichkeit haben, über das Gewerkschaftssystem Frankreichs zu diskutieren und mit Interessenvertretern verschiedener Gewerkschaften ins Gespräch zu kommen, um sich ein Bild über die Folgen der Politik auf die Beschäftigten machen zu können. Wir wollen auch gemeinsam diskutieren, welche Folgen die Wahl Macrons für die Deutsch-Französische Zusammenarbeit und für Europa haben kann. Werden seine Visionen für eine Zukunft Europas mit einem Eurozonen-Haushalt, gemeinsamer Asylpolitik und Verteidigung zum Tragen kommen und bei den Europawahlen im Mai 2019 von Bedeutung sein? Werden Frankreich und Deutschland gemeinsam die Mitgliedsstaaten der EU wieder enger zusammenführen können? Darüber hinaus wird es Einblicke in die französische Geschichte und Kulturgeschichte geben.

Termin: 19.05. – 25.05. Paris N 035/19

Zielgruppe: interessierte Kolleginnen und Kollegen. Es wird Deutsch/Französisch übersetzt.

Kosten: Kostenbeteiligung vorr. 870 € (DZ, Flug, Programm)

Freistellung: WBG S-H, BfG M-V